

Interpellation Eduard Rutschmann betreffend Einreise von Asylanten

Aus Medien in Deutschland konnte man erfahren, dass sich Italien schon wieder nicht an den Schengen / Dublin Vertrag hält. Italien soll insgesamt 5700 Flüchtlingen aus Nordafrika mit je 500 Euro und befristeten Reisedokumenten ausgestattet haben, damit diese Italien verlassen. Die deutschen Behörden befürchten nun, dass diese Flüchtlinge nach Deutschland reisen werden, um einen Asylantrag zu stellen. Es ist auch anzunehmen, dass viele in der Schweiz einen Asylantrag stellen werden. Die zusätzlichen Grenzwachter im Tessin können diesen Ansturm nicht bewältigen. Sowieso können die Flüchtlinge mit dem durch die italienischen Behörden ausgestellten Dokumenten im ganzen Schengen-Raum frei herumreisen. Weil die Flüchtlinge mit diesem Ausweis in Italien nicht registriert werden, können sie nach der legalen Einreise den Ausweis wegwerfen und somit auch in der Schweiz als Ersteinreiseland einen Asylantrag stellen. Es ist zu befürchten, dass viele von ihnen bei der Bundesempfangsstelle in Basel einen Asylantrag stellen. Wie aus den Kriminalstatistiken zu entnehmen ist, bereiten diese nordafrikanischen Flüchtlinge grosse Probleme, welche der Kanton Basel-Stadt zusätzlich zu den bereits überdurchschnittlich hohen Anzahl Straftaten nicht gebrauchen kann.

Ich ersuche den Regierungsrat um Beantwortung der nachstehenden Fragen:

1. Ist der Regierung bekannt, dass Italien den Flüchtlingen Ausweise ausstellt, mit welchen sie auch in die Schweiz reisen können?
2. Wie bereitet sich die Regierung mit dem zu erwarteten Flüchtlingsstrom, welche auch Auswirkungen auf die Bundesempfangsstelle Bässlergut in Basel haben wird, vor?
3. Wie eingangs erwähnt, muss davon ausgegangen werden, dass ein erheblicher Anteil der nordafrikanischen Asylbewerber kriminell ist. Was für Massnahmen werden getroffen, um die Bevölkerung in unserem Kanton zu schützen?

Eduard Rutschmann

